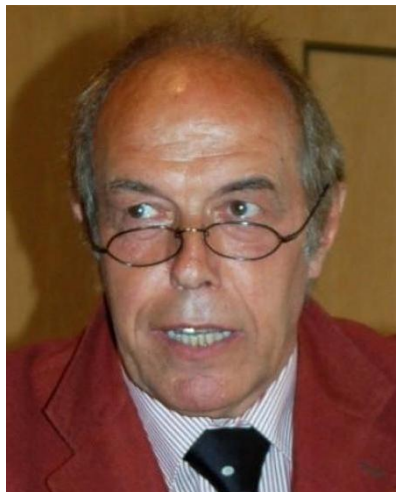




U N G A R N

Eine Diktatur mitten in Europa



Prof. Dr. Winfried Böttcher

**„... Die Glaubwürdigkeit der Bürger*innen, und die
Glaubwürdigkeit Europas - steht auf dem Spiel ...“**



UNGARN EINE DIKTATUR MITTEN IN EUROPA

Von

WINFRIED BÖTTCHER

Als am 25. April 2010 Viktor Orbán mit seiner Partei Fidesz (Bund junger Demokraten) in Koalition mit der KDNP (Christdemokratische Volkspartei) eine Mehrheit mit zwei Drittel der Parlamentssitze gewann, begann eines der dunkelsten Kapitel der jüngeren EU-Geschichte.

Bei der Siegesfeier verkündete er seinen Anhängern:

„Eine Ordnung kann man nicht verändern, man kann sie nur umstürzen und eine neue errichten.“

Dieses Alarmzeichen politischer Sprache verhallte, wurde nicht Ernst genommen oder gar nicht gehört. Mit welcher Konsequenz Orbán die politische Ordnung Ungarns umstürzte, um eine neue zu errichten, wird uns zunehmend erschreckend bewusst.

Wer die zehn Jahre seit seiner Machtergreifung in einem liebenswürdigen Land der Europäischen Union verfolgt, kann Schritt für Schritt beobachten, wie in einem vom Kommunismus befreiten Land ein illiberales, hybrides Regime entsteht: Ungarn wird zentralisiert

- > die Medien kontrolliert
- > der angeblich illoyale Beamtenapparat gesäubert
- > die Verfassung nach Belieben angepasst
- > die Gerichte und Staatsanwaltschaften gleichgeschaltet
- > die Nichtregierungsorganisationen drangsaliert



- > die Minderheiten diffamiert
- > die Sozialstaatsmaßnahmen und die Arbeitnehmerrechte eingeschränkt
- > die Wahlgesetze so manipuliert, dass schon 40 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament sichern, das zur Abnickmaschine degeneriert.

Der ungarische Philosoph Gáspár Miklós Tamás fasste dies kürzlich so zusammen:

„Unser Land ist politisch, moralisch und geistig kaputtgegangen. Kein Rechtsstaat, kein Verfassungsstaat, aber auch keine Diktatur im russischen oder türkischen Sinne. Oppositionelle sitzen nicht im Gefängnis oder werden ermordet. Deswegen bedarf es auch keines Widerstands gegen Orbán.

In Ungarn herrscht Ordnung und Ruhe. Es ist ein zum Weinen unglückliches Land.“

Das Armutszeugnis der Europäischen Union

Die neu gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hält sich mit ihrer Kritik zurück. Verständlich. Als sie vom Europäischen Parlament mit neun Stimmen Mehrheit gewählt wurde, hatte sie ihre Wahl der Orbán-Partei zu verdanken. Die zwölf Fidesz-Abgeordnete stimmten für sie. Schon bei ihrer Nominierung im Rat der Staats- und Regierungschefs hatte sie in Viktor Orbán einen ihrer stärksten Unterstützer, weil sie im Gegensatz zu dem aufrechten Demokraten Frans Timmermans die Rechtsstaatsverletzungen der Ungarn und Polen nicht beim Namen nannte.

Zwar wird nach Artikel 7 des EU-Vertrages ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, das zum Stimmentzug führen könnte, jedoch nicht führen wird. Denn dieser Entzug müsste im Rat der Staats- und Regierungschefs einstimmig erfolgen.

Mit Sicherheit wird Polen dagegen stimmen, weil es selbst in ein Verfahren verwickelt ist. Auch werden Tschechien, die Slowakei und Slovenien dagegen sein. Orbán weiß das natürlich und braucht sich um die Kritik der anderen Staaten nicht zu kümmern. Dies ist ein erneutes Beispiel wie sehr das Einstimmigkeitsprinzip der EU ihre Handlungsfähigkeit blockiert.



Von der Europäischen Union muss sich Orbán auch noch belohnt fühlen, wenn er trotz seines antidemokratischen Verhaltens im Jahr 2018 fünf Milliarden Fördergelder erhält, in dieser Größenordnung Jahr für Jahr. Dies entspricht ca. vier Prozent des Bruttoinlandsprodukt Ungarns. Der nicht nachvollziehbare Höhepunkt europäischen Fehlverhaltens zeigte sich erst jüngst bei der Verteilung von "Coronamitteln":

Orbán ließ sich in der Corona-Krise per Parlamentsbeschluss bestätigen, dass er unbegrenzte Zeit per Dekret regieren kann. Ein Ermächtigungsgesetz, das uns an die dunkelsten Zeiten europäischer Geschichte erinnert. Als Anerkennung dafür erhielt Ungarn aus dem CRII (Coronavirus Response Investment Initiative Plus) 5.6 Milliarden Euro. Dies entspricht 3.8 Prozent des Bruttoinlandsprodukt Ungarns. Dies, obwohl es in Ungarn nur 20 Infektionsfälle ohne Tote gab. Italien dagegen, das in der EU neben Spanien am stärksten betroffene Land erhält aus diesem Topf 2.3 Milliarden Euro. Dies entspricht 0.1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Aber Scham ist natürlich keine politische Kategorie. Von europäischer Solidarität ganz zu schweigen.

Donald Tusk, der Präsident des Dachverbandes der EVP-Familie in Europa, versucht seit geraumer Zeit die Fidesz - Partei aus dem Zusammenschluss der europäischen Christdemokratischen Parteien auszuschließen. Bisher ohne Erfolg. Er findet keine Mehrheit, weil die EVP-Mitglieder Frankreichs, Spaniens, Italiens und Deutschlands dies verhindern. In einem jüngsten Brief an die Vorsitzenden der EVP-Familie verschiedener Staaten, darunter der CDU und CSU, greift Viktor Orbán Donald Tusk an, indem er ihm vorwirft, die EVP als „Spielplatz“ seiner „polnisch-innenpolitischen Spiele“ zu missbrauchen. Außerdem bediene er sich der Sprache von „europäische Liberalen und Linken“.

Es wird also höchste Zeit, dass sich der Rat der Staats- und Regierungschefs auf einem Sondergipfel mit der Entwicklung in Ungarn beschäftigt, um sich nicht selbst zu beschädigen, und Ungarn solange aus der Rechts- und Wertegemeinschaft ausschließt, bis zur Rückkehr des Landes zum Rechtsstaat.



Natürlich weiß ich, wie kompliziert das ist, auch weiß ich welche Widerstände einzelner Staaten dem entgegenstehen, ich weiß aber auch, dass die Glaubwürdigkeit der Bürger*innen, und damit die Glaubwürdigkeit Europas auf dem Spiel steht.

Nicht zuletzt an dem Beispiel Ungarns wird sich zeigen, ob Europa eine Rechts- und Wertegemeinschaft ist, oder nur eine Geldverteilungsmaschine.

PROF. DR. WINFRIED BÖTTCHER

Aachen, den 26.4.2020